

Sie haben die SPD verlassen

Seit dem Spätherbst 1978 haben sich die Meldungen über Parteiaustritte so stark gehäuft, daß heute ohne Übertreibung von einer neuen Austrittswelle bei der SPD gesprochen werden kann.

Die für den Austritt — zumindest öffentlich — angeführten Beweggründe lassen drei Hauptrichtungen erkennen:

- Der ständig anhaltende Linksrutsch in der SPD auf kommunaler, Landes- und Bundesebene läßt die Betroffenen resignieren; dieser Linkstrend in der SPD wird von der zahlenmäßig größten Gruppe als auslösendes Moment genannt.
- Die SPD verhalte sich in zunehmendem Maße mittelstandsfeindlich, sie entwickle sich zu einer reinen Arbeitnehmerorganisation zurück; mit dieser Begründung haben seit einem Jahr mehrere führende Mitglieder der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Selbständige der Partei den Rücken gekehrt.
- Eine zahlenmäßig kleinere Gruppe hat die SPD mit der Begründung verlassen, die Partei habe grundlegende sozialdemokratische Positionen geräumt, sie betreibe massiven Abbau sozialer Leistungen und demokratischer Rechte. Aus dieser Gruppe haben sich einige ehemalige SPD-Mitglieder Bürgerinitiativen angeschlossen, andere sind vermutlich unmittelbar oder nach einiger Zeit linksradikalen Organisationen beigetreten.

Auswahl der Meldungen über Parteiaustritte seit Anfang 1978:

Januar 1978

Der Ulmer Unternehmer Ernst Abt verläßt nach zehnjähriger Zugehörigkeit die SPD, weil ihm SPD-Landesgeschäftsführer Antretter vorgeworfen habe, er führe seine Firma mit „linken Touren“. Abt war u. a. seit 1975 Mitglied des Landesvorstandes der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Selbständige und seit 1976 Mitglied des SPD-Kreisvorstandes Alb-Donau/Ulm. 1976 war er für die SPD als Bundestags-

kandidat angetreten; bereits im vergangenen Jahr hatte ihn der Kreisverband für 1980 erneut zum Bundestagskandidaten nominiert. (Stuttgarter Zeitung, 13. 1. 78)

20. Februar 1978

Die Esslinger Stadträtin Erika Ostertag tritt aus der Partei aus und legt ihr Mandat nieder. Als Begründung gab Frau Ostertag schriftlich an, die SPD habe letzte Positionen sozialdemokratischer Steuerreformziele den Unternehmerinteressen geopfert, massiven Abbau sozialer Leistungen betrieben und demokratische Rechte abgebaut. (Stuttgarter Nachrichten, 22. 2. 1978)

Februar 1978

Der Stadtverordnete Karl-Heinz Kluge (Norderstedt/Schleswig-Holstein) nennt als Grund für seinen Parteiaustritt eine allzu starke Konzentration von Jusos im Norderstedter Stadtteil Garstedt, wo sich die Jusos gegenüber den „Alt-Sozialdemokraten“ durchgesetzt hätten. (Hamburger Abendblatt, 1. 3. 1978)

März 1978

Der Präsident des Landeskulturamtes Hessen, Ernst Roth, verläßt die SPD und beantragt Aufnahme in die CDU in Wiesbaden.

Roth, der 18 Jahre SPD-Mitglied gewesen war, nannte als Hauptgründe für seinen Schritt die Abkehr der SPD vom Godesberger Programm sowie die in den letzten Jahren offensichtlich gewordene „bürgerfeindliche“ Politik der hessischen SPD. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. 3. 1978)

März 1978

In Krefeld verläßt innerhalb der laufenden Legislaturperiode der fünfte prominente Kommunalpolitiker die SPD. Alexander Winkler, der dem Stadtrat und dem Unterbezirksvorstand Krefeld angehört hatte, begründete seinen Austritt damit, daß er sich nicht länger am Kampf um die Machtpositionen innerhalb der SPD beteiligen wolle. Außerdem sei er politisch nicht mehr einer Meinung mit seinen früheren Genossen. (Rheinische Post, 31. 3. 1978)

Mai 1978

Der Oberbürgermeister von Freising, Otto Adolf Schäfer, tritt aus der SPD aus; Schäfer, seit 1970 Oberbürgermeister von Freising, bezeichnete es vor der Presse als **deprimierend, daß es „linken Kräften in der SPD gelungen sei, die Oberhand zu gewinnen und praktisch zwei Parteien zu schaffen“.** (dpa Nr. 189, 2. Mai 1978)

Mai 1978

Wolfgang Duysen, von 1970 bis 1974 Hamburger Bürgerschaftsabgeordneter, verläßt nach 21jähriger Mitgliedschaft die SPD, um einem Ausschlußverfahren wegen Gründung einer „Liberal Sozialen Union“ (LSU) zuvorzukommen; Duysen u. a. wörtlich:

„Für mich kommt Demokratie vor Sozialdemokratie.“ (Hamburger Abendblatt, 18. 5. 1978)

Juli 1978

In einer Pressekonferenz in Bonn stellt der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl als seinen Stellvertreter in der „Grünen Aktion Zukunft“ (GAZ) den Bochumer Astronomen Heinz Kaminski vor, der bei dieser Gelegenheit mitteilt, daß er in einem Brief an Willy Brandt unter Hinweis auf eine „innere Verkrustung der SPD“ seinen Austritt aus der Partei erklärt hat. (dpa Nr. 157, 13. 7. 1978)

Juli 1978

Zwei bekannte Frankfurter SPD-Mitglieder, der Magistratsdirektor Alexander Schubart und der frühere Gewerkschaftsredakteur Heinz Brandt, kündigen ihren Austritt aus der SPD an. Schubart erklärte, die SPD betreibe eine „völlig perspektivlose Politik“; er werde die Partei auch deshalb verlassen, weil sie immer mehr „in den Sog der allgemeinen Repression hineinschlittert“. (Frankfurter Rundschau, 24. 7. 1978)

Oktober 1978

Aus Protest gegen die Äußerungen des Hamburger Bürgermeisters Klose zum Extremistenbeschluß verläßt der zweite Vorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Horst Gulder, die Partei.

Gulder, der seit 1946 SPD-Mitglied gewesen war, begründete seinen Schritt damit, daß er seine Kinder nicht von Kommunisten indoktrinieren lassen wolle, gegen die er gekämpft und unter deren Regime er 12 Jahre in DDR-Gefängnissen gegessen habe. (DUD — Gesamtdeutsche Nachrichten und Kommentare, 31. 10. 1978)

November 1978

Peter Jakob Ixkes, Ratsmitglied in Wesel, verläßt aus Protest gegen die Haltung der SPD zum Extremistenbeschluß sowie zur Steuer-, Renten- und Energiepolitik seine Partei und stellt Aufnahmeantrag bei der CDU. (Die Welt, 9. 11. 1978)

November 1978

Roland Vogt, einer der drei gleichberechtigten Vorsitzenden des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erklärt in einem offenen Brief an den stellvertretenden Parteivorsitzenden Helmut Schmidt aus Protest gegen die Haltung der SPD in der Kernenergiefrage seinen Austritt aus der Partei. (Frankfurter Neue Presse, 24. 11. 1978)

November 1978

Zwei Professoren der FU Berlin, Alexander Schwan und René Ahlberg, geben als Grund für ihren Parteiaustritt die Hochschulpolitik der SPD an, vor allem das kurz zuvor vom Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedete Hochschulgesetz, durch das die Arbeitsfähigkeit und das Ansehen der Berliner Hochschulen weiter geschädigt würden. Professor Schwan kam mit seiner Austrittserklärung einem Parteiordnungsverfahren zuvor, das gegen ihn eingeleitet worden war, nachdem er am 20. Oktober vor dem CDU-Landesparteitag die Berliner Hochschulpolitik kritisiert hatte. (dpa Nr. 266, 24. 11. 1978)

November 1978

Karl Möller, zweiter Bürgermeister von Kempten, Elmar Holzmann, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion, und Stadtrat Max Hofstetter erklären ihren Austritt aus der SPD-Fraktion und aus der Partei. Voraufgegangen waren längere Flügelkämpfe innerhalb der Kemptener SPD-Stadtratsfraktion. Holzmann erklärte bei seinem Austritt u. a., er wehre sich gegen ein Eingreifen der Ortsvereine in die Stadtratsarbeit über ein „imperatives Mandat“. (Süddeutsche Zeitung, 1. 12. 1978)

19. Dezember 1978

Zusammen mit Peter Willers, der bis kurz zuvor einer der drei Vorsitzenden des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz gewesen war, verlassen weitere 26 SPD-Mitglieder aus Bremen die Partei. In der gemeinsamen Erklärung wird zu den Austrittsgründen u. a. bemerkt, man sei es leid, daß in der SPD-Führung lediglich Management statt Politik betrieben und die kritische Parteibasis zu Wohlverhalten gezwungen werde. „Machterhaltung sei die Devise, selbst um den Preis der Identität der Partei.“

Insgesamt sei eine beängstigende Tendenz zur „Entdemokratisierung und zum Überwachungsstaat“ festzustellen. (dpa Nr. 199, 19. 12. 1978)

Januar 1979

In Aachen treten 67 SPD-Mitglieder aus der Partei aus. Ihr Wortführer, der frühere Landtagskandidat Otto Bönnemann nennt gegenüber der Presse als Grund

„den unaufhaltsamen Vormarsch der Linken“. (Express, 6. 1. 1979). Bönemann und seine Freunde hätten auch Anstoß daran genommen, daß „ausfallende Kritik gegenüber Bundeskanzler Schmidt in Parteiversammlungen ungerügt geblieben“ sei und daß sich die Mitgliederstruktur der SPD durch den Eintritt zahlreicher Studenten verändert habe. Der SPD-Bundesvorstand sei auf eine mögliche Austrittswelle hingewiesen worden, habe sich jedoch nicht zu einem Gespräch bereitgefunden. (Rheinische Post, 6. 1. 1979)

Im ZDF-Magazin vom 31. 1. 1979 wiederholte Bönemann, der als vierter Rats Herr seit 1971 der SPD den Rücken gekehrt hat, noch einmal die wesentlichen Gründe für den Parteiaustritt; neben Bönemann kam in dieser Sendung auch der ehemalige Fraktionsgeschäftsführer der Aachener SPD, Heinz Erberich, zu Wort. Erberich, der über 30 Jahre SPD-Mitglied gewesen war, sagte zu den Motiven für seinen Parteiaustritt wörtlich:

„Ich bin aus der SPD ausgetreten, weil die Zahl der Kommunisten und Sympathisanten, die sich mit einem SPD-Mitgliedsbuch tarnten, in der Aachener SPD immer größer wurden.“ (Zitiert nach Kommentarübersicht des Bundespresseamtes)

Am 17. Januar hatte der „Parlamentarisch-Politische Pressedienst“ (ppp) versucht, die Austrittswelle in Aachen herunterzuspielen; dabei leistete sich der ppp ein klassisches „Eigentor“: die Begründung von Bönemann, in seinem Aachener Ortsverein habe es einen Linksruck gegeben, wurde als abwegig zurückgewiesen; der neue Ortsvereinsvorsitzende Kniel bezeichnete im ppp das Wohngebiet Aachen-Süd als „gut bürgerlich“, unter den 318 Ortsvereins-Mitgliedern gebe es nur 20 aktive Jungsozialisten; im Vorstand von Aachen-Süd sei kein einziger Student und lediglich ein Jungsozialist vertreten. (ppp Nr. 12, 17. 1. 1979)

Januar 1979

Der Heilbronner Stadtrat Erich Mertz verläßt die SPD und wechselt zur CDU-Fraktion im Stadtrat über. Als Gründe für diesen Parteiwechsel führt Mertz an, die Selbständigen seien in der SPD nicht mehr gefragt, vielmehr habe ein „bundesweiter Linkstrend“ bei der SPD über den Landesvorsitzenden Eppler auch „bis in die Heilbronner SPD-Organisation voll durchgeschlagen“. Für Mittelstand, Handwerk und Gewerbe habe die SPD „praktisch überhaupt nichts mehr übrig“. Aus dieser Entwicklung hat Mertz, der freier Architekt ist, die entsprechende Konsequenz gezogen. (Stuttgarter Zeitung, 10. 1. 1979)

Januar 1979

Hans-Jürgen Schlage, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Burg/Dithmarschen, tritt mit der Begründung aus der Partei aus, die SPD verfolge eine „lasche und opportunistische Politik“. Er sehe keine Möglichkeit mehr, fügte Schlage hinzu, die

Interessen der Bürger auch über parteipolitischen Grenzen hinweg zu vertreten. (Kieler Nachrichten, 19. 1. 1979)

Januar 1979

In Handewitt (Schleswig-Holstein) verlassen der Gemeindevertreter Klaus Arendt und ein weiteres SPD-Mitglied ihre Partei, da sie keine Möglichkeiten mehr sehen, in der SPD eine am Wohl der Gemeinde orientierte Kommunalpolitik zu leisten. (CDU Schleswig-Holstein, Landesdienst-Nummer 23 vom 24. 1. 1979)

Januar 1979

Friedrich Warmann, Bürgermeister von Lübbecke in Westfalen, verläßt die SPD und tritt zur CDU über. (Die Welt, 31. 1. 1979)

Februar 1979

In Aachen verlassen weitere 14 SPD-Mitglieder ihre Partei und schließen sich der Gruppe um Bönemann an. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 2. 1979)

Februar 1979

In Niederkassel geben 31 SPD-Mitglieder ihr Parteibuch zurück. Als Sprecher dieser Gruppe, zu der auch 5 Ratsmitglieder gehören, erklärte Wilhelm Schlimgen, man habe den „Linksruck“ der SPD auf Bundes- und Ortsebene vor dem Gewissen nicht mehr verantworten können. Seine und seiner Freunde Kritik richte sich auch gegen den SPD-Bundesvorstand und den SPD-Unterbezirksvorstand in Siegburg, die gegen die Linkstendenzen nichts unternommen hätten. (General-Anzeiger, Bonn, 9. 2. 1979)

Februar 1979

In Kaiserslautern verlassen 4 Funktionäre der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) die SPD, weil die Partei bei der Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahl die DGB-Gewerkschaft ÖTV einseitig bevorzugt habe. (Allgemeine Zeitung, Mainz, 10. 2. 1979)

Februar 1979

Nach sechzehnjähriger Mitgliedschaft verläßt der stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS), Herbert Hardinghaus, die Partei. Der Wiesbadener Rechtsanwalt begründet diesen Schritt damit, daß er als Vertreter der Selbständigen nicht länger einer Partei angehören könne, die „neuerdings vorrangig Arbeitnehmerinteressen vertritt“; vor der Presse

in Wiesbaden fügte Hardinghaus hinzu, daß der Vizepräsident des Deutschen Tischlerhandwerks, Otto Krumschmidt, gleichfalls aus der SPD ausgetreten sei. Weitere Austritte von Mitgliedern der AGS seien nur noch eine Frage der Zeit.

Hardinghaus warf SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr eine „restaurative Rückkehr zu ständischen Strukturen einer reinen Arbeitnehmerorganisation“ vor; die SPD als Gesamtpartei scheine diesem Kurs zu folgen, da sie z. B. für die Europa-Wahlen vornehmlich Gewerkschaftsführer berücksichtigt habe. Die Selbständigen in der SPD stehen nach den Worten von Hardinghaus seit Jahren in dem Dilemma zwischen „selbsterstörerischer Anpassung und fruchtlosem Konflikt“ mit ihrer Partei. (Frankfurter Rundschau, 10. 2. 1979)

Februar 1979

Walter Buder, bis vor kurzem Sprecher der SPD-Fraktion in Sievershütten (Kreis Segeberg) gibt sein Parteibuch zurück. Gleichzeitig legt er sein Amt als Gemeindevertreter nieder. In einem Brief an die Segeberger Zeitung erläutert Buder seine Austrittsgründe: „Seit etwa einem Jahr werden vom Ortsverein keine politischen Aussagen mehr erwartet. Statt dessen werden machtpolitische Querelen ausgetragen. Kritisches Denken wird als Arroganz, verantwortliches Handeln als Standsdünkel verketzert.“ In seinem Schreiben kündigt Buder weitere Parteiaustritte aus der SPD an. (CDU-Info Schleswig-Holstein Nr. 2)

März 1979

Kurz darauf gibt wegen des anhaltenden Linkskurses der schleswig-holsteinischen SPD ein weiterer bewährter Kommunalpolitiker sein Parteibuch zurück: Gerhard Petersen, bisher Fraktionssprecher der SPD in Maasholm und gleichzeitig stellvertretender Bürgermeister. (CDU-Info Schleswig-Holstein Nr. 7)

März 1979

Nicht schnell genug mit dem Marsch der SPD nach links ging es drei saarländischen Jungsozialisten, Susanne Bauermann (Vorsitzende der Landesjugendpresse), Hartmut Regnitz (Mitglied des Juso-Landesvorstandes) und Stefan Kugler (im Vorstand der Juso-Schülergruppe). Sie traten „aus Enttäuschung über die SPD und deren Jugendorganisation“ aus der SPD aus und in die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SADJ) ein, die der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) nahesteht. (Frankfurter Rundschau, 9. 3. 1979)

März 1979

Wegen des anhaltenden Linksdralls der SPD verläßt der 70jährige Karlsruher Stadtrat Fritz Meinzer nach 32jähriger Mitgliedschaft die SPD und wird Mitglied

der CDU. Wie das dienstälteste Mitglied des Karlsruher Stadtparlamentes (Meinzer gehörte seit 1948 der sozialdemokratischen Gemeindefraktion an) erklärt, hätte ihn die vor allem von den Jusos betriebene Ideologisierung zu diesem „schmerzlichen Entschluß“ gezwungen.

April 1979

Der langjährige frühere Kreisvorsitzende des Landkreises Freiburg (Breisgau-Hochschwarzwald), früherer Fraktionsvorsitzender im Kreistag, Ortsvereinsvorsitzender der SPD in Freiburg-Kappel, der 52 Jahre alte Studiendirektor Franz Pelz, tritt aus der SPD aus. Er sehe in der SPD keine politische Heimat mehr. Pelz hält es für parteischädigend, daß sich die SPD nicht klar nach links abgrenzt. (Badische Zeitung, 4. 4. 1979)